

Der Erste Weltkrieg will einfach nicht vorbeigehen

In Europa werden die Dämonen des Nationalismus wieder stärker. Auch weil die EU viel zu zentralistisch strukturiert ist



Paul Widmer

Paris, November 1990. Die Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, heute OSZE) protesteten sich zu. Eben hatten sie die Charta für ein neues Europa unterzeichnet und eine neue Friedensordnung angekündigt. Sie versprachen Europa ein Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit.

Tatsächlich hatten sie Grund zum Feiern. Endlich war die traurige Hinterlassenschaft des Zweiten Weltkriegs überwunden. Mit einer klugen Politik war es nach dem Krieg gelungen, die Bundesrepublik Deutschland in einen einmaligen europäischen Einigungsprozess zu integrieren. In diesem Umfeld fand die nationalsozialistische Ideologie keinen Nährboden mehr. Mit dem Ende des Kalten Kriegs brach auch das andere totalitäre System, das sowjetische Imperium, zusammen. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schienen überall auf dem Vormarsch.

Doch ehe das neue Haus fertig aufgerichtet war, knisterte es schon im Gebäck. Die

Konflikte in Jugoslawien liessen sich kaum noch unter Verschluss halten. Der Zufall wollte es, dass in jenem Jahr ausgerechnet Belgrad den Vorsitz in der KSZE innehatte. Ich war damals Chef der KSZE-Sektion im EDA. Wir alle, die wir mit der Vorbereitung der Konferenz zu tun hatten, sasssen wie auf Nadeln. Wird Jugoslawien noch in der Lage sein, die Präsidentschaft zu Ende zu führen? Es war höchst ungewiss. Ein halbes Jahr nach dem Gipfeltreffen brach der Krieg offen aus, und die Föderation zerbrach.

1991/92 nahm ich an der ersten Berichtserstatter-Mission in allen Republiken des ehemaligen Jugoslawien teil. Wir gingen nach Belgrad und Zagreb, nach Sarajevo und Kosovo, wir sprachen mit der jeweiligen Regierung, den Parteien, Dissidenten und Minderheiten. Dabei zeigte sich eines: Minderheitenkonflikte und ein übersteigter Nationalismus brachen überall wieder auf. Es war, als ob die alten Probleme seit 1918 nur überwintert hätten. Offensichtlich waren die Wunden des Zweiten Weltkriegs verheilt, jene des Ersten dagegen nicht. Diese Gedanken brachte ich in den neunziger Jahren in einigen Aufsätzen zur Sprache. Jüngst fanden sie wieder Beachtung. Über hundert Intellektuelle beriefen sich in einem «Manifest 1918-2018» darauf.

Die Analyse trifft, meine ich, heute noch zu - sogar mehr denn je. Denn etwas Wichtiges hat sich in der Zwischenzeit verändert. Nach der Wende wirkte die Anziehungskraft



Es war, als ob die alten Probleme seit 1918 nur überwintert hätten.

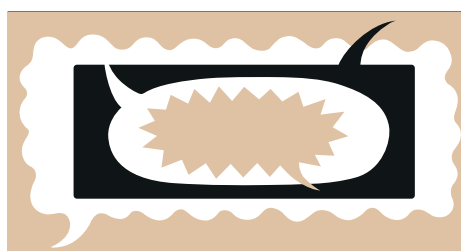
der EU Wunder. Alle Staaten des einstigen Ostens hofften, der EU beitreten zu können. Das trug mehr zur Konfliktbewältigung bei als alle anderen Massnahmen zusammen. Doch die Strahlkraft der EU ist am Verblasen, nicht zuletzt durch eigenes Verschulden. Seit Maastricht geriert sich Brüssel zunehmend zentralistisch und bürokratisch. Das verträgt sich schlecht mit dem Verlangen nach mehr Demokratie, wie es unser Zeitalter kennzeichnet. Dass die EU von oben regulieren kann, hat sie bewiesen, dass sie auch die Wünsche von unten integrieren kann, weniger. Doch darum kommt die Union nicht herum, wenn sie ihr Legitimationsdefizit beheben will. Denn demokratische Legitimität wird nach wie vor in den Nationalstaaten erzeugt.

Was kann man somit tun? Zweierlei: Erstens den übersteigerten Nationalismus weiter bekämpfen, zweitens einen Ausgleich zwischen suprastaatlicher Einigung und nationalstaatlichem Respekt suchen. Statt endlos zu regulieren, muss sich die EU solchen Aufgaben zuwenden, welche die Nationalstaaten allein nicht bewältigen können, etwa den Schutz der europäischen Aussen-grenze. Von dieser Umorientierung hängt vieles ab - wohl auch die Frage, ob Europa die Altlasten von 1918 in einem neuen Anlauf doch noch abtragen kann.

Paul Widmer ist Alt-Botschafter und lehrt heute an der Universität St. Gallen.



ILLUSTRATION CARL KOPP



Showdown Stefan Bühler

Heute Sonntag gewinnt Frau Leuthard die Abstimmung gegen «No Billag». Das hat man längst lesen können. Danach wird sie zurücktreten, hat man auch schon lesen können. Vorher räumt sie bei der Post noch rasch auf. Frau Leuthard ist sehr ordentlich, das weiss man seit der Reportage über ihre vielen Schuhe. Das Aufräumen bei der Post nimmt allerdings etwas mehr Zeit in Anspruch als daheim im Schuhgestell: acht Wochen, vielleicht mehrere Monate. Oder Jahre. Dazu gibt es nur Spekulationen. Aber wenn einmal die Kassenzetteli bei der Post sortiert sind, tritt Frau Leuthard ab. Spätestens Ende 2019. Das stand in jedem Blatt. Was sie nachher tun will, ist hingegen noch nicht klar - obwohl auch darüber schon viel geschrieben wurde.

Es ist allerdings völlig irrelevant, wie sich jetzt zeigt. Denn die Eidgenossenschaft steht kurz vor ihrem Ende. Das weiss man seit diesem Freitag: Für den Zusammenhalt des Systems Schweiz brauche es die Partei von Frau Leuthard, die CVP, zitierte der «Tages-Anzeiger» einen prominenten Denker und führte dessen Gedanken fort: Der Zustand der CVP sei derzeit «schwierig», das eigentliche Schmiermittel in der politischen Mitte sei deshalb nicht so sehr die Partei, sondern Frau Leuthard selbst.

Leider schweifete der Autor dann ab zu Frau Leuthards bedeutenden Kochkünsten und übersah dabei seine eigene unerhörte Enthüllung: Ohne Frau Leuthard fällt die CVP auseinander und ohne die CVP die Schweiz. Es ist die wichtigste Nachricht seit dem Live-Ticker vom Rütli-schwur! Und man muss sich Frau Leuthards Rücktritt also vorstellen, wie wenn zwischen dem Aaretal und dem Schwarzenburgerland plötzlich das untere Gürbätel fehlte - ein gewaltiges Loch, in das alles krachend hinabstürzt. Kurz: als Apokalypse der Eidgenossenschaft!

Medienkritik

Entschuldigung, wir machen Fehler



Michael Furger

Julian Reichelt ist Chefredaktor der deutschen Boulevardzeitung «Bild» und hat gerade den letzten Rest seiner Glaubwürdigkeit vernichtet. Die Zeitung kroch dem Satire-Magazin «Titanic» auf den Leim. Es hatte «Bild» vor drei Wochen ein paar anonym gefälschte E-Mails zugeschickt, die beweisen sollten, dass Russland die Mitgliederabstimmung der SPD über die grosse Koalition beeinflussen wollte. Absender der E-Mails war ein fiktiver Informant namens «Juri».

«Bild» überprüfte ihn nicht richtig, sondern baute die Front-Schlagzeile «Schmutzkampagne bei der SPD», «Titanic» liess die Sache aufliegen, und seither versucht Reichelt, die Pleite schönzureden. Man habe die Story zu Recht publiziert, man habe «alles getan», um die Echtheit der E-Mails zu prüfen. Man sei Opfer professioneller Betrüger geworden - schreibt die grosse «Bild»-Zeitung über die kleine «Titanic»-Redaktion. Reichelt schwafelt sich um Kopf und Kragen. Es ist peinlich.

Sein Rückzugsgefecht demonstriert wieder einmal die chronische Unfähigkeit von Journalisten, Fehler einzugestehen.



Journalisten fordern gerne eine «Fehlerkultur» von Politikern und Wirtschaftsführern. Doch für sie selbst soll das nicht gelten.

Natürlich machen Medien Fehler - und zwar andauernd. In jeder Zeitungsausgabe (natürlich auch in dieser) oder auf jedem Online-Portal hat es Fehler. Im besten Fall Tippfehler. Im schlechtesten Fall inhaltliche Falschaussagen. Nicht absichtlich, sondern aus Unachtsamkeit, Unwissen, Faulheit, wie auch immer. Man versucht, sie zu vermeiden, vollständig gelingt es nie. Böser Wille ist es in den seltensten Fällen - und damit sind es auch keine Fake-News, sondern einfach: Fehler. Dumme Fehler.

Es wäre kein Problem, sie einzuräumen, aber das bringen viele Journalisten nicht über sich. Sie fordern gerne eine «Fehlerkultur» von Politikern, Wirtschaftsführern und Fussballpräsidenten: Zugeben, wenn etwas falsch gelaufen ist. Doch für sie selbst soll das nicht gelten. Sie befürchten ein Glaubwürdigkeitsproblem.

Das ist natürlich Unsinn. Glaubwürdigkeitsprobleme bekommt nur, wer Fehler verschweigt. Das Eingeständnis der eigenen Patzer wäre eine Massnahme, um den angeknackten Ruf der Medien wieder herzustellen. Die «New York Times» macht das schon lange. Mehrmals pro Woche korrigiert sie in einer eigenen Rubrik jeden Fehler, und sei es nur ein falscher Buchstabe in einem Nachnamen.

So weit sind die meisten Medien hier noch lange nicht, aber ich fange einmal an: Letzten Sonntag habe ich in einem Artikel über die Macht in Zürich Genossenschaftswohnungen mit gemeinnützigem Wohnungsbau verwechselt. Ein blöder Fehler. Ich bitte um Entschuldigung.

Grenzerfahrung

Stachel im Fleisch



Barbara Hofmann

Wann schläft dieser Mann eigentlich, fragt man sich, wenn man sieht, wie viele parlamentarische Anfragen er lanciert.

Andere Menschen bringt er sicher um den Schlaf. Matteo Pronzini, der einzige Grossrat des linken Movimento per il Socialismo (Bewegung für Sozialismus), ist der Schrecken des Parlaments und der Regierung im Tessin. Denn wo er Rauch riecht, ist meist auch Feuer. Dann schlägt er lautstark Alarm. Pronzini deckt Missstände in Altersheimen auf, er wettet gegen Probleme im öffentlichen Verkehr, er ortet Schwachstellen bei der kantonalen Spitalorganisation oder hakt nach, wenn Firmen aus dubiosen Motiven in Konkurs gegangen sind.

Anfang des Jahres 2017, als wenig angemessene Vergabepraktiken beim Tessiner Sozialdepartement aufgefliegen sind, reichte der beruflich für die Unia tätige Gewerkschafter nicht weniger als 80 parlamentarischen Anfragen innert knapp zwei Monaten ein und trug damit zur Aufklärung des Falles bei, der bis jetzt noch nicht abgeschlossen ist. Damals trug ihm das eine Rüge des Staatsrates ein, der ihn zu Mässigung mahnte, da er die Regierungs- und Parla-

mentsgeschäfte lahmlege. Auch bei den Versammlungen des Kantonsparlaments kassiert er hin und wieder Schelte wie ein Schulbub, etwa weil er bei wichtigen Diskussionen draussen gewesen sei - Pronzini dazu: «Ich musste mal» -, weil er den Fotokopierer für private Zwecke benützt habe oder weil er sich eines unflätigen Tones gegenüber den Grossratskollegen bediene.

Tatsächlich hat Pronzini etwas von einem rüpelhaften Teenager. Den Kopf meist leicht nach oben gereckt, das Kinn trotzig unerschrocken, schert sich der 47-Jährige sehr wenig um Konventionen. Sicher ist bei seinem manchmal sehr einsamen Kampf - er sitzt ohne Fraktion im Grossrat - auch eine gehörige Portion Geltungsdrang dabei, doch gibt ihm der Erfolg immer wieder recht. Kürzlich hat sein Movimento per il Socialismo eine Referendumsabstimmung gegen die hohen Löhne und Spesenbezüge der Bellinzoneser Stadträte gewonnen.

Um Löhne und Spesenbezüge geht es auch in seinem jetzigen Kampf. Pronzini deckte auf, dass die Tessiner Staatsräte jahrelang Spesen kassierten, für die es keine rechtliche Grundlage gab. Bereits zum zweiten Mal trat deshalb der Tessiner Generalstaatsanwalt in Aktion und bestellte einige Staatsräte zur Anhörung ein.

War es früher die Lega dei Ticinesi, die der manchmal sehr verschworenen Tessiner Parteilandschaft zusetzte, ist es nun ein schlafloser Gewerkschafter mit einigen wenigen Kampfgenossen im Hintergrund.

Barbara Hofmann ist Korrespondentin für deutschsprachige Medien im Tessin.